

# Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 1/40. Jahrgang

Januar 2009

Schutzgebühr: 0.30 E

## Sollen wir mit dem Gaspreis für das neue Rathaus bezahlen?

Es ist kaum glaublich, aber wahr: Während wegen der weltweiten Rezession die Energiepreise auf einen Tiefstand gesunken sind, zocken die Gießener Stadtwerke (SWG) ihre Kunden weiterhin mit Höchstpreisen ab. Die Gaspreise, die angeblich an den Ölpreis gebunden sind, wurden im Oktober um ca. 30% angehoben. Inzwischen ist der Ölpreis auf ein Drittel des damaligen Wertes gesunken. Große Gaslieferanten wie Gazprom haben ihre Abgabepreise ab 1.1.09 um mindestens 30% gesenkt. Die SWG geben nichts von dieser Reduzierung an ihre Kunden weiter. Bis mindestens zum 1.4. soll der überhöhte Preis beibehalten werden. Dann endet auch langsam die Heizperiode. Während des gesamten Winters zahlen die Gießener, die Erdgas als Brennstoff gewählt haben, einen viel zu hohen

Preis dafür. Ähnlich ist es beim Strom. Mit dem Hinweis auf gestiegene Einkaufspreise wurden zum 1.1.09 die Stromtarife um etwa 10% erhöht. Seit Dezember sind diese erhöhten Einkaufspreise ein Lügenmärchen. An der Strombörse sind die Preise auf den niedrigsten Stand seit langer Zeit gesunken. Unter 6 Cent kostet dort die Kilowattstunde – die SWG verkaufen sie für über 20 Cent weiter. Monat

### Achtung! 18. Januar 2009



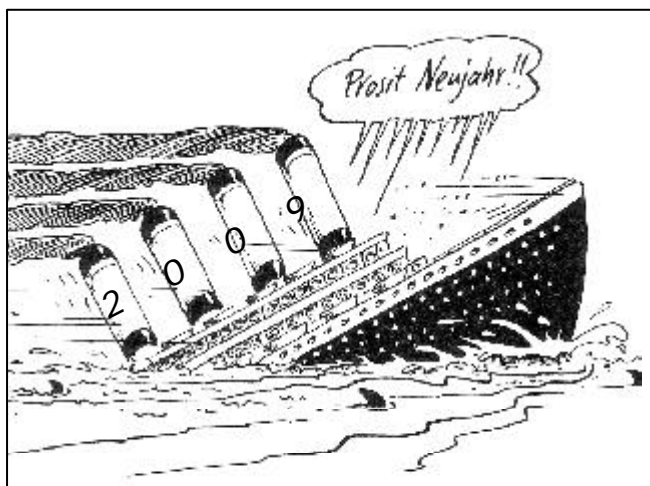
### Das Auge wählt mit!

### Inhalt:

Wahlkampf in Hessen: Rechte hetzt	S.2
Totalverweigerung/Jugendwerkstatt	S.3
GIAG-Schikanen/Mietnebensoten	S.4
Konjunkturprogramm/Bahn/Bank	S.5
Rüstungsexporte/Ukraine/Kuba	S.6
Leserbriefe/Brief Botschaft Israel	S.7
Kapitalismus im Niedergang/Anzeigen	S.8

für Monat sackt dieses Unternehmen Extraprofite in Millionenhöhe ein. Die vor einigen Jahren erfolgte Privatisierung (Umwandlung in eine Aktiengesellschaft) machts möglich – der Einfluß der gewählten Stadtverordneten auf die Stadtwerke wurde damit abgeschafft. Die Stadt blieb zwar alleiniger Eigentümer, aber statt des Gemeinwohls hat jetzt der Profit Vorrang. Die Stadtkasse wird die den Bürgern abgepreßten Euros gerne nehmen – die 75 Millionen für das neue Rathaus (bei Baubeginn waren als Kosten nur 50 Millionen genannt worden) müssen ja irgendwo herkommen.

Gernot Linhart



### Liebe Leserinnen und Leser!

Diese Zeitung zu machen kostet Geld. Wir bitten daher um **Spenden**, auch damit wir das Echo weiterhin in hoher Auflage von 6000 verteilen können.

Insbesondere bitten wir für dieses Jahr um baldige

### Überweisung der Abo-Gebühren

Gießener Echo

Konto Nr. 193070, BLZ 51350025,  
Sparkasse Gießen

Es dankt sehr herzlich:

die Echo-Redaktion

**Für Frieden und Sozialismus! DKP**

# Wahlkampf in Hessen: Rechte hetzen gegen Linkspartei

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat das Vertrauen in die Marktwirtschaft, erst recht in die „soziale“, grundlegend erschüttert. Nur noch gut 30% der Bevölkerung stehen hinter dem System; mehr als die Hälfte dagegen findet Sozialismus prinzipiell gut. Wie wird das erst sein, wenn die Krise – wie prognostiziert – im nächsten Jahr richtig in Fahrt kommt? Die Herrschenden reagieren panikartig und versuchen, jeden Gedanken an sozialistisches Wirtschaften zum Teufelszeug zu erklären. Ihre größte Furcht ist die vor einer drohenden Solidarisierung und gemeinsamen Gegenwehr aller Ausgebeuteten: der abhängig Beschäftigten, der Hartz-IV-Empfänger, der perspektivlosen Jugendlichen, der von Altersarmut und Sozialabbau Betroffenen.

Dem soll vorgebeugt werden mit einer umfassenden Hetze gegen alles, was irgendwie „links“ ist. Die DDR, der Staat ohne Armut, ohne Krieg und die anderen Übel des Kapitalismus, wird permanent zum „Unrechtsstaat“ erklärt und mit den Naziverbrechern gleichgesetzt. Gegen Andrea Ypsilanti werden Dreckschleudern eingesetzt und selbst Thorsten Schäfer-Gümbel wird als Unterzeichner eines „rechts-extremistischen“ (so die FAZ) Aufrufs „Hände weg von Venezuela“ geoutet. Die Partei Die Linke (PDL) wird mit dem Vorwurf des Antisemitismus und „Stasi-Methoden“ in den eigenen Rei-

hen verleumdet. Ihr Wiedereinzug in den Landtag soll mit allen Mitteln verhindert werden. Die gleichgeschal-



Auch bei Frost und Schnee: Info-Stand der Linkspartei in der Gießener Fußgängerzone

teten Medien sind willfährig den Herrschenden zu Diensten – durch tendenziöse Berichterstattung oder Totschweigen.

Besonders hinterhältig ist der Aufruf „Wir lassen uns nicht LINKEN“ gegen eine Wahl der PDL, den „besorgte hessische Bürger“ fabriziert haben sollen. Unter den 27 Erstunterzeichnern befinden sich Mitglieder und Funktionäre der schon lange rechtslastigen IG BCE, darunter der Landesbezirkssekretär Karl-Heinz Hensel. Auf der Home-Page werden 45 hessische Linke aus PDL und DKP aufgelistet und politisch bewertet. Dabei wird deutlich, aus welcher Ecke diese antikommunistische Machenschaft gesteuert ist. Denn die Quelle der Infor-

mationen ist offensichtlich: der Spitzeldienst, „Verfassungsschutz“ genannt, aus dessen Bericht abschließend auch wortwörtlich zitiert wird. Pfui Teufel!

Dieser Strategie kann am wirkungsvollsten entgegengetreten werden durch einen klaren Standpunkt und durch das Aufzeigen der Ursache der Krise und der Funktion solcher Kampagnen. Wichtig ist Solidarität. Mit einem Zurückweichen wird den Herrschenden in die Hände gearbeitet. Auch wenn Koch aller Wahrscheinlichkeit nach in Hessen nicht verhindert werden kann, so sollte es im Wahlkampf doch gelingen, notwendiges richtiges Bewußtsein für die gesellschaftlichen Zusammenhänge zu entwickeln. Damit die Taktik der Herrschenden nicht aufgeht und die sozialistischen Kräfte gestärkt werden. Kreisvorstand der DKP Gießen

**UZ unsere zeit**  
Sozialistische Wochenzeitung

**Woche für Woche**  
**Antikriegszeitung**

Probeexemplare bzw.  
10 Wochen gratis-Abo  
(endet automatisch):

**UZ-Unsere Zeit, Hoffnungstr. 18,  
45127 Essen, tel 0201-2486482,  
E-mail: UZAbo@t-online.de  
www.unsere-zeit.de**

## Die Leichen im Keller von CDU und FDP\*)

Insbesondere CDU und FDP spielen sich im Wahlkampf als Gralshüter von Demokratie und Menschenrechten auf, beständig Distanzierungen und Entschuldigungen fordernd. Daher noch einmal mit Nachdruck und im Detail die Leichen im Keller dieser beiden „demokratischen Parteien“ in Hessen, in denen ehemalige NSDAP-Mitglieder nach 1945 Karriere machten: Von den 106 CDU-Mitgliedern, die vor 1928 geboren waren und nach 1946 im Hessischen Landtag saßen, waren 20 Mitglieder der NSDAP. In den u.a. Quellen auch dabei: **Dr. Alfred Dregger**, geb. 1920, 1940 in die Nazi-Partei eingetreten, einer der übelsten Scharfmacher in der CDU, der als ehemaliger Wehrmachtsoffizier eine seiner Hauptaufgaben darin

sah, NS-Kriegsverbrecher zu schützen, MdL von 1962 - 1972. **Wilhelm Runtsch**, geb. 1921, 1944 in die NSDAP eingetreten, der Nationalzeitung verbunden und Mitglied des rechtsextremistischen und revanchistischen Witiko-Bundes, MdL von 1970 – 1977, dann Oberbürgermeister von Gießen. Auch in der FDP sammelten sich Nazis zuhauf.

Von den 56 FDP-Mitgliedern, die vor 1928 geboren waren und nach 1946 im Hessischen Landtag saßen, waren ebenfalls 20 Mitglieder der NSDAP, darunter viele „alte Kämpfer“, die bereits vor der „Machtübernahme“ der Hitler-Partei angehörten: Dr. A. Derichsweiler, eingetreten 1930, H. Rodemer (1932), Dr. W. Seipel (1932), F. Walter (1929).

Nie haben sich CDU oder FDP von dieser braunen Gesindel distanziert, sondern eher ihre Nazi-Vergangenheit mit vertuscht, genau wie auf Bundesebene, wo es auch die CDU war, die nach dem Krieg Nazis in ihren Reihen nicht nur duldete, sondern ihnen zu höchsten Würden verhalf. Erinnert sei an CDU-Kanzleramtsminister Globke (Kommentator der Nürnberger Rassegesetze), an CDU-Bundespräsident Lübke (KZ-Baumeister) und CDU-Kanzler Kiesinger (Goebbels-Mitarbeiter) sowie an den CDU-Ministerpräsidenten Filbinger (Nazi-Blutrichter).

\*) Quellen: <http://freenet-homepage.de/nigel/bredel/news/hessen.pdf> und: Bundesarchiv, Berlin; Bestand ehem. BDC, 31/ 32 XX, NSDAP-Reichskartei bzw. Zentralkartei (Kleine Kartei) & Ortsgruppenkartei ("Blaue Kartei")

# Prozeß gegen Totalverweigerer in Gießen

Am 18. Dezember fand vor dem Gießener Amtsgericht der Prozeß gegen den Totalverweigerer Jonas Ahlgrimm statt, der – nach der Verweigerung des Kriegsdienstes – auch den Zivildienst nicht angetreten hat. Das wird in der BRD mit einer Höchststrafe von fünf Jahren geahndet. Der Verhandlung, die von zahlreichen Zuschauern verfolgt wurde, war eine Kundgebung und Demonstration am Vortag sowie eine Veranstaltung über politische Prozesse in Gießen (s. Foto: links H. Mächerle, Rote Hilfe, rechts: Jonas) vorangegangen.

In seiner Erklärung führte Jonas aus, daß „... der Zivildienst keineswegs so ‚zivil‘ ist, wie es den Anschein hat. Man leistet Kriegsdienst, nur ohne Waffe. Als Zivildienstleistender wäre ich zu einem einkalkulierten, festen Bestandteil des Militärapparates ge-



worden... Sowohl Militärdienst als auch Zivildienst dienen wirtschaftlichen Interessen, nämlich dem Beschaffen von Rohstoffen und dem Schaffen billiger Arbeitskräfte...“ Und weiter: „Die Wehrpflicht steht dem pazifistischen Grundgedanken, der Gleichberechtigung sowie der Abkehr vom Denken und Leben in nationalen sowie geschlechterspezifischen Kategorien entgegen.“

Staatsanwältin Schmitt machte kein Hehl daraus, daß diese Verhandlung aufgrund der Rechtslage nun mal stattfinden muß und beantragte eine 6monatige Bewährungsstrafe und 80 Stunden gemeinnützige Arbeit. Richter Dr. Dittrich, der dem Angeklagten Respekt zollte, blieb in seinem Urteil darunter: er verhängte vier Monate zur Bewährung – ohne Arbeitsstunden. Wieviele Wehrpflichtige jährlich als Totalverweigerer verurteilt werden, wird

nicht bekannt gegeben; das könnte zum Nachdenken über die zunehmende Kriegsbeteiligung Deutschlands und den geplanten Bundeswehreininsatz im Innern anregen. Insofern entsprechen solche „milden“ Urteile der Strategie von Kriegsminister Jung und Innenminister Schäuble. Denn die Bundeswehr – 1956 grundgesetzwidrig gegründet – hat nach dem Überfall auf Jugoslawien, dem brutalen Krieg gegen die Menschen in Afghanistan und nach den Plänen von Kabinett und Kapital noch weitreichende imperialistische Aufträge zu erfüllen. Jonas bat abschließend die Anwesenden um ihre Solidarität im Kampf gegen die Wehrpflicht; das sollte selbstverständlich sein und ergänzt werden um die Forderung: Auflösung der Bundeswehr! Auflösung der Nato.

Erika Beltz



## Jugendwerkstatt:

# Protestantische Ethik und kapitalistischer "Geist"

Die Jugendwerkstatt Gießen ist eine Einrichtung der Diakonie und damit der Evangelischen Kirche unter Kuratel von Pfarrer Christoph Geist. Etwa 60 junge Menschen werden dort in Holz- und Metallverarbeitenden Berufen ausgebildet. Ihrem Motto – sich besonders um benachteiligte Menschen zu kümmern – wird die Jugendwerkstatt eindrucksvoll gerecht. Die Benachteiligung der arbeitenden Vertragspartner erfolgt sowohl in finanzieller Hinsicht als auch bezüglich der Mitbestimmung im Unternehmen. Eine Jugendvertretung ist nicht vorhanden, allenfalls als frommer Wunsch. Daher ist eher von einer betrüblichen als einer betrieblichen Mitbestimmung auszugehen. Die Ausbildungsvergütungen werden auch nicht gerade mit dem Füllhorn ausgeschüttet. Nach Vergleichen in der Berufsschule mit Azubis aus anderen, weniger christlichen Unternehmen sollen Jugendwerkstätten schon kreidebleich geworden sein. Einkommensunterschiede von mehreren 100 Euro wurden festgestellt. Auf diese Weise wird nicht nur die tariflich gerechte Entlohnung verweigert, sondern auch noch an den Beiträgen zur Sozialversi-

cherung gespart. Auch die Meister sind im Vergleich zu ihren Berufskollegen zwar nicht ganz so arm wie die vielzitierte Kirchenmaus, werden aber deutlich schlechter bezahlt.

Das Prinzip „Geben ist seliger denn Nehmen“ wird von der Jugendwerkstatt gern umgekehrt gehandhabt. Allein von der Stadt Gießen hat sie im vergangenen Jahr 171.800 Euro erhalten; hinzu kommen die Zuschüsse von der GIAG. Sie bekommt mehr als 1000 Euro monatlich für einen Auszubildenden. Für die 1-Euro-Jobs, die von der Jugendwerkstatt im biblischen Ausmaß angeboten werden, kassiert man von der GIAG rund 500 Euro im Monat pro Person.

Zudem klagen Betroffene über Streß und laxen Umgang mit dem Arbeits- und Gesundheitsschutz. Hier sollte die zuständige Berufsgenossenschaft eingeschaltet werden; die Gewerkschaften (DGB, IG Metall) sowieso, um der Barmherzigkeit des Global Prayers aus der Weststadt auf die Sprünge zu helfen.

In jedem Fall ist es wichtig, sich kollektiv zu wehren und sich als Gruppe zu organisieren. Man darf nicht in Vereinzelung

## Wer nicht ausbildet, soll zahlen

Gewerkschaften und Jugendverbände fordern schon lange ein Ausbildungsplatzgesetz. Die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend ([www.SDAJ-netz.de](http://www.SDAJ-netz.de)) z.B. fordert u.a.: *Jeder Betrieb muß 10% der Arbeitsplätze als Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Und: Wer nicht ausbildet muß zahlen! Gezahlt wird in einen Ausbildungsfond, aus dem neue Lehrstellen finanziert werden.*

Würden diese Forderungen erfüllt, wäre die Lehrstellenmisere behoben – und Einrichtungen wie die Jugendwerkstatt hinfällig.

und Resignation verfallen. Fürchtet Euch nicht, bloß nicht unterkriegen lassen! In sozialer Verantwortung und christlicher Nächstenliebe gibt es bei der Jugendwerkstatt erheblichen Nachholbedarf. Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche.

A.K.

# GIAG: weiter Schikanen - und die 'AC' verdient daran

Im Juni konnten Montags-Demonstranten (mit) verhindern, daß der Kreistag eine zwangsweise „Energie-Beratung“ für Hartz-IV-Empfänger beschloß, sie sollte freiwillig sein. Das aber war nicht gut fürs Geschäft der mit der Beratung beauftragten AC Consult & Engineering GmbH Heuchelheim und die Zahl ihrer versprochenen Kunden. Also griff man zu einem Trick: die Leute wurden unter Androhung von Leistungskürzungen zur GIAG bestellt, um dort an einer „freiwilligen“ Energie-Beratung teilzunehmen.

Das war auch am 5. Dezember so. Aber diesmal kamen nicht nur die bestellten „Kunden“, sondern auch Prof. Aris Christidis, parteiloser Stadtverordneter der Linkspartei, und Erika Beltz als Begleiterin einer vorgeladenen Hartz-IV-Empfängerin. (Dies ist nach § 13/4 SBG: „Ein Beteiligter kann zu Verhandlungen und Besprechungen mit einem Beistand erscheinen“ möglich.)

Dennoch wurden beide nachdrücklich des Saales verwiesen. Auch Erika Wolf, Mitglied des Kreisausschusses (Linke), erhielt keinen Zutritt.

Im Gespräch vor der Tür wurde Herr Port (GIAG) dar-

auf angesprochen, daß Freiwilligkeit nicht gegeben sei, wenn die Betroffenen unter Androhung von Sanktionen erscheinen müßten. Er antwortete sinngemäß, daß die GIAG in ihrer Software nur diese Möglichkeit hätte, ihre „Kunden“ einzuladen. Das ist doch ein schlechter Witz!

GIAG Geschäftsführer Becker gab denn auch kurz darauf (nachdem ein Extra-Echo erschienen und eine Pressemitteilung herausgegeben worden war) zu: *„Es sei ‚nicht auszuschließen‘, daß ALG II gekürzt wurde, wenn jemand der Einladung ohne Grund nicht*

*gefolgt ist; dies sei ‚vollkommen rechtmäßig‘.“* (Gießener Allgemeine, 19.12.08) Eine Teilnehmerin, die Herr Port wohl versäumt hatte, zu registrieren, erhielt wenige Tage später eine 10%ige Leistungskürzung.

Damit ist die Drangsalierung noch längst nicht zu Ende. Nach der „Beratung“ in der GIAG will die AC an mindestens zwei Terminen in den Wohnungen zuhause aufkreuzen und ihr Werk fortsetzen, auf freiwilliger Basis, versteht sich. Für eine Beratung ist ein Zeitbedarf von 8 - 10 Stunden vorgesehen; das Honorar soll 60 Euro pro Stunde betragen...

Ob mal jemand ausgerechnet hat, in welchem Verhältnis die Kosten für solche aufwendigen Beratungen durch die AC stehen zu den eventuell dann eingesparten Heiz-Kosten?!

Die Presseerklärung endete: „Das ganze Hartz-IV-System mit 1-Euro-Jobs, die nicht abgelehnt werden können, mit Zwangsvorladungen und anderen Schikanen ist für die Betroffenen demütigend und gehört abgeschafft. Hartz IV bedeutet Armut. Wir sind nicht grundsätzlich gegen Energie-Beratungen, die durchaus sinnvoll sein können - aber dann auf freiwilliger Basis, wie es für mündige Bürger selbstverständlich sein sollte.“

Erika Beltz



*Frau H., die mit Bollerwagen und Ofen zur "Energieberatung" erschienen war, Erika Wolf und Prof. Christidis vor der GIAG*

**Das Extra-Echo über die Aktion kann bei [www.dkp-giessen.de](http://www.dkp-giessen.de) angesehen und zugeschickt werden.**

## Mietnebenkosten explodieren

Die Stadtwerke erhöhen wie das Echo berichtete zum 1.1.09 die Strompreise um 9%, die Erhöhung der Gaspreise und Ölpreise ist schon lange spürbar. Aber was uns 2009 erwartet, ist noch nicht abzusehen. In der Jahresendabrechnung werden nämlich noch weitere Punkte eine Rolle spielen, die erwarten lassen, daß viele Kunden der Stadtwerke aber auch anderer Energielieferanten und Händler mit hohen Nachzahlungen zu rechnen haben.

Zum ersten Mal wird die Mehrwertsteuererhöhung auf 19%, die zum 1.1.08 in Kraft trat, auf den gesamten Berechnungszeitraum anzuwenden sein. Darüber hinaus hatten wir in den vergangenen Jahren sehr milde November und Dezember, während 2008

in dieser Zeit bereits recht ordentlich geheizt werden mußte. Gemeinsam mit den Bestrebungen, Gewinne zu



erwirtschaften (etwa bei den Stadtwerken Gießen, weshalb hier der Begriff Energieversorger schon längst mit Energiehändler ersetzt werden muß) ist abzusehen, daß mächtige Nachforderungen kommen werden.

In diesem Zusammenhang ist eine grundsätzliche Neuberechnung aller von der GIAG zu übernehmenden Mietnebenkosten unabdingbar.

Heizung und Strom müssen bei Bedürftigen in voller Höhe übernommen werden. Die bisher sogenannten „angemessenen Nebenkosten“ entsprechen bei weitem nicht dem tatsächlichen Bedarf. Wir Kommunisten fordern bedarfsgerechte Übernahme der Wohn- und Heizkosten und bleiben dabei: Hartz IV muß weg.

K.S.

## Runter mit den Bahnpreisen!

Auch die Deutsche Bahn hat im Dezember ihre Preise deutlich erhöht – mit Hinweis auf die gestiegenen Energiepreise. Dieses Argument ist längst überholt. Die Preise müssen wieder runter - nur bei niedrigeren Bahnpreisen würden mehr Menschen vom Auto auf die Bahn umsteigen und damit die Umwelt entlasten.



## 18 Milliarden für die Commerzbank

Im jüngsten Rettungspaket vom 9. Januar machte die Bundesregierung 10 Milliarden Euro für die Commerzbank locker, die bereits im November 8,2 Milliarden Euro erhalten hat. Gleichzeitig ist der Abbau von 6500 Arbeitsplätzen angekündigt. Der aktuelle Wert der Bank beträgt aber nur noch 5 Milliarden Euro. Für 18 Mrd. Euro, als das 3fache des Gesamtwertes, erhält die Bundesregierung gerade mal 25% plus 1 Aktie und ein gewisses Vetorecht bei wichtigen Entscheidungen. Ist das ein Zeichen von weiteren (Teil-)Verstaatlichungen, wie die Presse meldet? Nein, es ist weitere Verschleuderung von Steuergeldern. - Weder ist damit eine effektive demokratische Kontrolle der Bankgeschäfte verbunden, noch die notwendige Offenlegung aller Bilanzen. Das aber muß Voraussetzung sein. Daß im Kapitalismus auch Banken im öffentlichen Verantwortung sich verzooken, haben die Landesbanken gezeigt.

die Kaufkraft gestärkt und die Abhängigkeit von der Exportindustrie verringert. Das alles würde aber dem Kapitalismus widersprechen – deswegen werden wohl wieder Lohnabhängige, Arbeitslose und Rentner die Zeche bezahlen. Gernot Linhart

## Alles für alle und zwar umsonst!

Umsonstladen Gießen sucht neue MitstreiterInnen. Einen Umsonstladen in Gießen gibt es schon mehr als 5 Jahre. Seit 2007 sind wir im Café Toller, Ernst-Toller-Weg 3 (unterm Funkturm Grünberger Strasse) untergebracht. Hier sammeln wir u.a. Hausrat, Bekleidung, Bücher, Spielzeug. Wer etwas braucht, kann sich die Gegenstände kostenlos mitnehmen oder noch Brauchbares mitbringen. Dabei wollen wir kein karitatives Projekt wie Rotes Kreuz oder Caritas sein. Wir wollen zeigen, dass für alle genug da ist und niemand um Notwendiges betteln muss ... solidarisch, umverteilend, anti-kapitalistisch.

**Öffnungszeiten** sind dienstags von 10-13 Uhr und donnerstags von 17-19 Uhr. Hierfür suchen wir längerfristig Menschen, die die Öffnungszeiten mitbetreuen und beim Einsortieren und Aufräumen helfen. Infos bzw. Rückmeldungen bitte unter 0641/491390 oder per Email (natuerlich@atomstromfrei.de).

## Konjunkturprogramm: Nehmt das Geld von den Reichen!

Seit fast 20 Jahren werden in Deutschland mit dem Hinweis auf angeblich leere Kassen Sozialleistungen gekürzt, Löhne gesenkt, Arbeitszeiten verlängert, Bildungsausgaben verringert, staatliche Einrichtungen privatisiert. Als wegen der Finanzkrise die Reichen, Banken und Konzerne Geld brauchten, stellte sich heraus: Die Kassen waren gar nicht leer. Unermessliche Milliardenbeträge fanden sich dort, um erstmal den Banken aus

Vorsorge für schlechte Zeiten aufgefordert – aber niemand verlangt von Banken und Konzernen, ihre Milliardengewinne der letzten Jahre zur Bewältigung der Krise einzusetzen. Das beste Konjunkturprogramm wäre die Rücknahme aller unter dem verlogenen Hinweis auf die leeren Kassen durchgeführten „Reformen“: Weg mit Hartz IV, weg mit Niedriglöhnen und Leiharbeit, Arbeitszeitverkürzung statt Verlängerung, runter mit dem Renten-

der selbstverschuldeten Patsche zu helfen. Jetzt ist die Industrie dran. Angeblich geht es um Arbeitsplätze und das Gemeinwohl. Das ist aber nur ein Nebeneffekt – tatsächlich geht es um die Sicherung weiterer Profite. Bei Krisengipfeln der Regierung mit Wirtschaftsgrößen geben diese unverbindliche Versprechen ab, möglichst



wenig Leute zu entlassen, dafür öffnen sich ihnen die Staatskassen zur Selbstbedienung. Fast alle zur „Konjunkturbelebung“ bisher genannten Vorhaben stehen unter einem Motto: Wer hat, dem wird noch mehr gegeben. Arbeiter und Angestellte werden ständig zu Eigenverantwortung und

alter, mehr Geld für Bildung und Gesundheit, runter mit der Mehrwertsteuer und rauf mit dem Spitzensteuersatz für Großverdiener, her mit einer angemessenen Vermögenssteuer! So würden die Staatseinnahmen erhöht, der Anteil der Lohnabhängigen am erarbeiteten Mehrwert wieder erhöht,



## Ukraine verhindert Erdgastransit

„Russland stoppt Erdgaslieferung“ melden alle Massenmedien. Der eigentliche Verursacher der Probleme, die unseriöse Regierung der Ukraine, kommt bei der Berichterstattung in der Regel gut weg. Dabei benimmt sich diese Regierung (bekanntlich von EU und NATO mit viel Westgeld an die Macht gebracht) wie ein kleiner Gauner. Rechnungen werden nicht bezahlt, aber behauptet, der Betrag sei längst überwiesen; Leitungen werden angezapft und Gas für den eigenen Bedarf abgezweigt, Verhandlungen über einen neuen Vertrag trotzig verlassen und verweigert. Obwohl zwischen Russland und der Ukraine ein Transitvertrag bis 2011 gilt, wurde das durch die Pipelines fließende Gas zum „herrenlosen Gut“ erklärt, mit dem nach Belieben verfahren werden kann.

Der Ukraine wurde von Russland Erdgas zu einem Preis weit unter dem Weltmarktpreis angeboten, durch die Transitgebühren hat das Land eine sichere ständige Einnahmequelle ohne irgendwelche Eigenleistung. Der größte Teil der Bevölkerung würde diese Vorteile gerne nutzen und hat für das Verhalten der Regierung kein Verständnis. Gernot Linhart

## Lateinamerika contra USA

Der Präsident Boliviens, Evo Morales, schlug im Dezember den Ländern Lateinamerikas und der Karibik vor, die Botschafter Washingtons auszuweisen, sofern die Regierung der USA nicht das Wirtschaftsembargo gegen Kuba außer Kraft setzt.

„Ich schlage etwas vor, womit hier viele nicht einverstanden sein werden. Dass wir alle als Länder Lateinamerikas die US-Botschafter ausweisen werden, bis die US-Regierung das Wirtschaftsembargo gegen Kuba beendet“, sagte Evo Morales in Costa de Saule im brasilianischen Bundesstaat Bahia. Er appellierte an die Versammlung der OAS, die 1962 den Ausschluss Kubas wegen dessen Annahme des marxistischen Regierungssystems beschlossen hatte. „Kuba soll in die OAS zurückkehren. Oder wir bilden eine OAS ohne die USA“, sagte Morales.

Barack Obama hat angekündigt, das Embargo fortbestehen zu lassen...

## Zeit zum Aufstehen

Man darf nicht warten,  
bis der Freiheitskampf  
Landesverrat genannt wird.

(Erich Kästner)

[www.vorratsdatenspeicherung.de](http://www.vorratsdatenspeicherung.de)



## Deutsche Waffen in aller Welt

Im Dezember 2008 wurde der Bericht der Bundesregierung über den Rüstungsexport 2007 vorgestellt. Im Grundgesetz ist Herstellung und Vertrieb von Kriegswaffen geregelt. In Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland steht: „Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden“. Im geheim tagenden Bundessicherheitsrat werden „schwierige“ Ausfuhrgenehmigungen seit der SPD-grünen Schröder/Fischer-Regierung mit einfacher Stimmenmehrheit entschieden; vorher galt ein Prinzip der einstimmigen Einigung. Im Jahr 2007 – so das Ergebnis – hat Deutschland seinen 3. Platz im Export von Kriegs-

waffen nach den beiden Spitzenexporteuren USA und Rußland gefestigt und ausgebaut. Um 13% stiegen die Rüstungsexporte Deutschlands an. Das entspricht einer Steigerung von rund 1 Milliarde Euro.

Besonders stark ist der Anstieg bei sogenannten leichten Waffen. 2007 wurden aus Deutschland 10381 Maschinengewehre und 19094 Sturmgewehre mit Erlaubnis der Bundesregierung exportiert. Mehr als 20% der Ausfuhrgenehmigungen betrafen Lieferungen in sogenannte Entwicklungsländer. Da macht es ja auch einen großen Sinn, daß die Entwicklungshilfeministerin Heide Wiecek-Zeul ebenfalls zum Bundessicherheitsrat gehört. Der Tod ist ein Meister aus Deutschland. K.S.



## Hammerzahlen

**35 Kinder** weit über das Babyalter hinaus „landen“ in Nebraska in der Babyklappe. Da im kürzlich verabschiedeten Gesetz des Bundesstaates Nebraska in den USA vergessen wurde eine Altersbegrenzung für die legalisierten Babyklappen rein zu schreiben (da stand nur etwas von Kindern) sind 35 Kinder von ihren Eltern dort abgegeben worden. Hintergrund: Damit hat der Staat für diese Kinder zu sorgen. Das Gesetz wird jetzt nachgebessert (Definition was ein Baby ist).

**7,8 Liter** Durchschnittsverbrauch pro 100 Km der PKWs in der BRD. Diese Zahl wurde im Parlament genannt. Die Herrschenden und ihre Helfer in Parlamenten und im Staatsapparat, sprich die Nutzer der Dienstwagenflotte des Bundesfinanzministeriums, „gönnen“ sich 2 Liter mehr pro 100 Kilometer. „Böser Mensch“, wer da in Richtung indirekte Bestechung denkt. (Zusammenstellung: Martin Wagner)

# Leserbriefe

## Zum Austritt Pit Metz, Linkspartei

Nach langem persönlichen hartem Kampf mit sich selbst ist bekannt geworden, dass Pit Metz aus der Linkspartei kurz vor dem Wahlsonntag ausgetreten ist. Die nach seiner subjektiven Wahrnehmung bestehenden Missstände innerhalb der Partei haben ihn dazu veranlasst alle Ämter aufzugeben und die noch junge Partei zu verlassen. Richtig ist, dass innerhalb der hessischen Linkspartei schon seit Monaten ein interner Machtkampf um Posten und Pöstchen tobt. Die Mittel aber, die nur einige wenige, nunmehr Exgenossen, dafür eingesetzt haben, waren weder mit dem demokratischen Selbstverständnis noch mit dem Loyalitäts- und Solidaritätsgedanken der Linkspartei vereinbar. Diese Verhaltensweisen spiegeln allenfalls die schlechten Umgangsformen und mangelndes Sozialverhalten einiger weniger Exgenossen wider, nicht aber den Grundtenor dieser noch jungen Partei. Bedauerlich ist, dass diese wichtige Differenzierung nur schwer nach außen dringt und den politischen Gegnern weitere Möglichkeiten bietet, ihre Vorurteile gegen die Linkspartei zu intensivieren. Richtig ist, dass die in der Linkspartei selbstlos engagierten Genossen durch „learning by doing“ Tag für Tag hart an sich arbeiten, um nicht nur auf die sozialen und wirtschaftlichen Missstände innerhalb unserer Gesellschaft hinzuweisen, sondern auch konstruktive politische Alternativen erarbeiten diesen adäquat zu begegnen. Wo gehobelt wird, fallen Späne! Das gilt für alle jungen und alten Parteien gleichermaßen. Nur eines unterscheidet beide voneinander: das junge Holz ist geschmeidiger !! Gaby Küppers, Marburg

## Ärztepräsident warnt vor Korruption

Die Einführung des Gesundheitsfonds verschärft nach Ansicht des Präsidenten der Bundesärztekammer, J.-D. Hoppe, die soziale Ungerechtigkeit im Gesundheitswesen. Aus der Zwei-Klassen-Medizin in Deutschland drohe eine „Drei-Klassen-Medizin“ zu werden. Die gesetzlichen Krankenkassen bekämen ab sofort deutlich mehr Geld für 80 definierte Krankheiten. „Deshalb schicken sie jetzt sog. Berater in die Praxen und bedrängen die Ärzte, die Diagnose, nach dieser Hitliste zu erstellen“, kritisierte Hoppe. „Da wird sogar mit Geld gewunken“, mahnte er, „wir haben Angst, dass Ärzte korrumpierbar werden.“ Uwe Moldenhauer

## Prof. Dr. N. Paech und W. Gehrcke, Linkspartei, an den Botschafter von Israel in Berlin

*...mit Entsetzen verfolgen wir die Nachrichten über das Vorgehen der israelischen Armee im Gazastreifen. Trotz aller internationalen Warnungen behauptet die israelische Regierung, keine andere Wahl gehabt zu haben, nach dem Luftkrieg nun auch zur Bodenoffensive überzugehen. Sie lehnt einen Waffenstillstand nach wie vor kategorisch ab. Dies ist nicht nur in unseren Augen falsch. Denn der Krieg hat bereits zu einer humanitären Katastrophe in diesem dichtbesiedelten Gebiet geführt, aus dem die Menschen nicht flüchten und sich in Sicherheit bringen können. Internationale Hilfsorganisationen berichten von einer sich dramatisch verschlechternden, katastrophalen Versorgungssituation der Bevölkerung. Die Sicherheit Israels wird durch diesen Krieg nicht gefördert, sondern weiter gefährdet... Vom israelischen Verteidigungsminister Ehud Barak erfahren wir, dass der Krieg gegen den Gazastreifen ein von langer Hand vorbereiteter Angriff und nicht etwa eine spontane Reaktion auf die Raketen der Hamas ist. Er ist durch kein Recht auf Selbstverteidigung oder Notwehr legitimiert. Zu leicht wird in der Öffentlichkeit vergessen, dass es nicht die Hamas war, die die am 19. Juni 2008 zwischen Israel und den Palästinensern vereinbarte Waffenruhe gebrochen hat. Es war die israelische Armee, die am 4. November 2008 mit einem Angriff die Waffenruhe brach, um einen Tunnel zu sprengen. In den folgenden Gefechten wurden 14 Palästinenser getötet. Diese Informationen haben wir aus der israelischen Tageszeitung Haaretz, die weiter schreibt: „Diese Aktion tief im Gazastreifen hat zur Eskalation geführt. Hamas hat darauf mit einem Hagel von Raketen geantwortet. Israel reagierte mit der Sperrung der Übergänge. So hat die Aktion ‚Gegossenes Blei‘ begonnen. Dabei hat sich Hamas bis zu dem bitteren Tag an den Waffenstillstand gehalten.“ Ihre Regierung hat wiederholt behauptet, sie habe keine andere Wahl gehabt, um die Herrschaft der Hamas zu brechen und den Beschuss durch Raketen zu unterbinden. Zum einen müssen wir Sie daran erinnern, dass die Hamas als die stärkste politische Partei aus den Wahlen vom Januar 2006 hervorging. Die offene Missachtung dieser demokratischen Wahlen durch Ihre Regierung und leider auch der Regierungen der EU und der USA ist eine der Hauptursachen für die nachfolgende Eskalation der Gewalt... Wir verhehlen nicht, dass es uns schmerzlich berührt, dass Bundeskanzlerin Merkel und Präsident Bush so ganz offen gegen das geltende Völkerrecht und gegen die politische und menschliche Vernunft das Vorgehen der israelischen Armee unterstützen und die USA mit ihrem Veto den UNO-Sicherheitsrat lähmen. Wir bitten Sie nachdrücklich, sehr geehrter Herr Botschafter, Ihrer Regierung unseren Protest und die Forderung nach einem sofortigen Stopp der militärischen Angriffe, dem Rückzug der Truppen aus dem Gazastreifen und dem Ende der Blockade zu übermitteln. (der volle Wortlaut des Briefes kann zugesandt werden)*

Bündnis gegen Rechts, Frank Pötter  
**betr.: Mahngang**

Professor Brumlik hat den Mahngang zur Erinnerung an das Novemberpogrom 1938 mit seinen Äußerungen zur iranischen Politik gegen Israel nicht „instrumentalisiert“, wie das „Echo“ schreibt. Der Mahngang war und ist der Ort, wo im Rahmen antifaschistischer Positionen zu aktueller Politik geredet wird. Brumlik hat die Besorgnisse eines deutschen Juden um den Staat Israel ausgesprochen. Israel ist im Bewusstsein vieler Juden der Staat, der ihnen letzte Sicherheit bietet, wenn faschistische, antisemitische und mörderische Kräfte stärker werden als wir Demokraten und Antifaschisten. Brumlik hat die Politik des israelischen Staates in Palästina ein „Besatzungsregime“ genannt. Ulla Jelpke, Mitglied der LINKEN

im Bundestag, hat er in einem Abstimmungsverhalten kritisiert. Er hat sie und ihre Arbeit gewürdigt, als er sie sehr betont eine Antifaschistin genannt hat.

## Palästina

Palästinenser und Juden haben Jahrhunderte friedlich zusammengelebt. Ursache des aktuellen Konflikts ist die Blockade der westlichen Länder gegen die Palästinenser; der geheimdienstlichen Tätigkeit Israels sind seit Juni 2008 mehr als 200 Menschen zum Opfer gefallen. Es wird nach wie vor palästinensisches Gebiet besetzt. Die Probleme bei 60% Arbeitslosigkeit und 40% unter der Armutsgrenze lebenden Menschen sprechen mehr als eine deutliche Sprache von struktureller und sozialer Gewalt.

Falk Moldenhauer

# Kapitalismus im Niedergang und moralische Aufrüstung

Wenn die Vertreter des Kapitals vom Katzenjammer gepackt werden, entdecken sie die Moral und die christliche Demut. Der Bundespräsident propagiert den „ehrbaren Bankier“, Frau Merkel singt das hohe Lied der sparsamen schwäbischen Hausfrau - und schmeißt mit Milliarden um sich. Und mit den Kirchenoberen Huber und Lehmann stimmen alle darin überein: *Der Güter höchstes ist die Menschlichkeit, der Laster größtes ist die Gier*. Letztere heißt in besseren Zeiten „gesundes Erwerbsstreben“ und ist der Motor erfolgreichen kapitalistischen Wirtschaftens.

Also nun, Spaß beiseite. Worum geht es in der Weltwirtschaftskrise wirklich? Zu Beginn des Jahres 2000 besprach das Gießener Echo ein Buch des Frankfurter Sozialwissenschaftlers Rainer Roth, das 1999 unter dem Titel „Das Kartenhaus. Ökonomie und Staatsverschuldung in Deutschland“ erschienen ist. Hier hat man das Rüstzeug, um die heutige Krise zu verstehen. Der Kapitalismus ist ein System einzelbetrieblicher Rentabilität. Maßstab des Erfolgs ist die Profitrate, die Höhe des Gewinns im Verhältnis zum eingesetzten Kapital, das in Sachanlagen und Arbeitskräften angelegt ist. Je mehr heutzutage investiert wird, um so mehr wird rationalisiert, es wird also Arbeitskraft durch Maschinen ersetzt. Maschinen übertragen nur ihren Wert portionsweise auf das Produkt, aber sie erzeugen keinen Mehrwert. Wird die Mehrwert schaffende Arbeit relativ zum Gesamtkapital verringert, sinkt die Profitrate. Winkt den Unternehmern weniger Profit, investieren sie weniger. So bildet sich überschüssiges Kapital, das nach

profitabler Anlage sucht, und es entstehen überschüssige Arbeitskräfte, die ihren Konsum drosseln müssen. Helfen kann hier dem Kapital in seiner Not nur der Staat. Dieser subventioniert Industrien: Bergbau, Werften, Landwirtschaft, er nimmt den Betrieben Kosten für Forschung und Entwicklung ab. Er fördert Fusionen. Gerade jetzt erleben wir es: Die Commerzbank übernimmt die Dresdner, nachdem erstere unter den Schutzschirm des Staates gekrochen ist. Die Steuerzahler finanzieren die Fusion. Bei Privatisierungen dient der Staat den Privatkapitalisten profitable Unternehmen zu Spottpreisen an. Die Kapitalsteuern werden gegen Null gefahren, störende Regulierungen, etwa in Sachen Umwelt aufgehoben, die Umweltschäden trägt die Allgemeinheit. Da Millionen Arbeiter durch die kapitalistische Ökonomie arbeitslos werden, übernimmt der Staat die Kosten der „Lagerhaltung“ der freigesetzten Arbeitskräfte. Er stellt durch Lohnzuschüsse, Kinder- und Wohngeld die Unternehmen von Lohnzahlungen frei, woraus dann geschlossen wird, die hohen Sozialausgaben hätten die Staatsverschuldung verursacht.

So erleben wir seit dem Ende des Nachkriegsbooms Mitte der 1970er Jahre eine Explosion der Staatsschulden auf jetzt über 1,5 Billionen Euro. Schon damals erklärt der spätere Bundesbankpräsident Pöhl, „*man solle doch nicht so naiv sein zu glauben, dass der Staat jemals seine Schulden zurückzahlen könne. Er muss nur so zahlungsfähig bleiben, dass er die alten durch neue ersetzen kann.*“ Der Staat ist längst bankrott. Diese Politik der letzten Jahrzehnte, der Vorgriff auf

Wenn die Krisen die Unfähigkeit der Bourgeoisie zur ferneren Verwaltung der modernen Produktivkräfte aufdeckten, so zeigt die Verwandlung der großen Produktions- und Verkehrsanstalten in Aktiengesellschaften und Staatseigentum die Entbehrlichkeit der Bourgeoisie für jenen Zweck... Hat die kapitalistische Produktionsweise zuerst Arbeiter verdrängt, so verdrängt sie jetzt die Kapitalisten und verweist sie, ganz wie die Arbeiter, in die überflüssige Bevölkerung, wenn auch zunächst noch nicht in die industrielle Reservearmee.

**Friedrich Engels:** Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. MEW Bd. 20 S.259 -260

erhoffte Erfolge der Zukunft, wird nun ins Gigantische gesteigert und soll dann das Heilmittel gegen die wachsende Gebrechen des Kapitalismus sein. Roth im vorerwähnten Buch: „Die wachsenden staatlichen Subventionen begleiten eine niedergehende Ökonomie und versüßen ihren Niedergang. Was das Kapital aus eigener Kraft nicht mehr schafft (ausreichende Renditen), lässt es sich von Staat und Gesellschaft ersetzen. Öffentliche Armut wird zur Bedingung wachsenden privaten Reichtums. Statt Mittel zum Zweck der wirtschaftlichen Belebung, ist die Staatsverschuldung selbst die wirtschaftliche Belebung.“ Klaus Mewes

**Jeden Montag, 18 bis 19 h  
bei den 3 Schwätzern:  
Protest gegen Hartz IV  
Gießener Montags-Demo:  
[www.gimode.wordpress.com](http://www.gimode.wordpress.com)**

## Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 15 € im Jahr (inkl. Versand), erm. 10 €. Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Druck: Druckkollektiv Gießen  
Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, Telefon/Fax 041/2503430. E-Mail: [dkp-giessen@aol.com](mailto:dkp-giessen@aol.com) In Internet: <http://www.dkp-giessen.de> <http://www.dkp-hessen.de>

**Redaktionsschluß für das  
Februar-Echo: 29.01.09**

Am 8. Januar verstarb

## Frank Pötter

*Mit ihm haben wir einen streitbaren Freund verloren. Seit Jahrzehnten trat er konsequent für ein Deutschland ohne Faschismus und Krieg ein. Mit viel Zeitaufwand und Kraft forschte er, um die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus wachzuhalten - insbesondere auch beim jährlichen Mahngang am 9. November - und trat entschieden gegen alte und neue Nazis offen auf.*

*Er wird uns fehlen im gemeinsamen Kampf gegen Dummheit, gegen Rassismus, Antisemitismus und das Aufkommen faschistischer Ideologie und Verbrechen.*

Deutsche Kommunistische Partei  
DKP Gießen